



Presseschau vom 14.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des operativen Kommandos der Streitkräfte der DVR: Im Vorfeld des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk haben sich die ukrainischen Besatzer auf die Durchführung von Provokationen konzentriert, darunter Informationsprovokationen, die auf die Diskreditierung der Führung der DVR in den Augen der Weltöffentlichkeit gerichtet sind.

Die bekannten Fakewerfer aus dem Pressezentrum des Stabes der sogenannten ATO haben heute Falschinformationen über einen Beschuss mit 122mm-Artillerie von unseren Positionen aus auf die ukrainischen Besatzer im Gebiet des Swetlodarsker Bogens verbreitet, außerdem wird mitgeteilt, dass die ukrainischen Streitkräfte sich das Recht zur Erwidern des Feuers vorbehalten.

Ich erkläre verantwortlich, dass die Einheiten der Streitkräfte der DVR das Regime der Feueereinstellung vollständig einhalten. Wir haben zuvor mitgeteilt, dass in Nowoluganskoje ein Filmteam des Fernsehsenders „Ukraina“ unter der teilnahmevollen Führung von Propagandisten aus dem Stab der sogenannten ATO arbeitet. Gestern hat der Gegner im Gebiet des Swetlodarsker Bogens bereits unsere Positionen beschossen, in der Hoffnung das erwidernde Feuer mit Hilfe der Journalisten festzuhalten. Weil die Streitkräfte der DVR die übernommenen Verpflichtungen vollständig einhalten, ist diese Provokation gescheitert und jetzt sehen wir eine weitere Falschmeldung der ukrainischen Seite.

Indem es sein Recht auf eine Erwidern des Feuers erklärt, bereitet das ukrainische Militärkommando eine Rechtfertigung den Beschuss unserer Positionen vor.

de.sputniknews.com: Gekidnappte russische Soldaten in Ukraine zu Gefängnis verurteilt Maxim Odinzow und Alexander Baranow sind 2016 vom ukrainischen Geheimdienst auf der Krim entführt worden. Nun werden die beiden russischen Armeeingehörigen von der ukrainischen Justiz zu langjährigen Haftstrafen verurteilt – wegen „Fahnenflucht und Hochverrat“.

Das Podolski-Gericht in Kiew verurteilte den russischen Unterfeldwebel Alexander Baranow zu 13 Jahren Haft, wie der Anwalt Valentin Rybin Sputnik mitteilte. Fähnrich Maxim Odintsow müsse laut dem Urteil des Darniziki-Gerichts der ukrainischen Hauptstadt für 14 Jahre ins Gefängnis.

„Wir haben einen Monat Zeit, um Berufung einzulegen“, sagte der Anwalt.

Die beiden Russen waren Ende 2016 bei einer spektakulären Aktion des ukrainischen Geheimdienstes SBU an der Grenze der russischen Schwarzmeerhalbinsel Krim und der Ukraine entführt worden. Das Video der Entführung wurde vom ukrainischen Geheimdienst hinterher veröffentlicht.

Darauf war zu sehen, wie zwei Männer mit Gewalt aus der neutralen Zone auf das ukrainische Territorium gezerzt wurden.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums waren Odinzow und Baranow mit dem Versprechen der Übergabe wichtiger Papiere in die neutrale Zone gelockt worden. Sobald die beiden sich außerhalb des russischen Territoriums befanden, wurden sie ins Gebiet Nikolajew verschleppt.

Russlands Präsident Wladimir Putin bezeichnete die Entführung damals als „heimtückisch“.

`<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/ijR5MVT2IAQ" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>`

<https://youtu.be/ijR5MVT2IAQ>

de.sputniknews.com: Maidan-Blutbad 2014: Scharfschützen nennen erstmals die Verantwortlichen.

Am 20. Februar 2014 eröffneten unbekannte Scharfschützen auf dem Platz der Unabhängigkeit (Maidan) in Kiew das Feuer und töteten 53 Menschen – 49 Teilnehmer der Massenproteste und vier Beamte der Ordnungskräfte. Ein Korrespondent von Sputnik hat sich mit einigen vermeintlichen Scharfschützen getroffen.

Die Oppositionsführer und Vertreter der USA und der EU warfen den blutigen Vorfall dem „Regime Viktor Janukowitschs“ vor. Doch die offiziellen Ermittlungen stecken in der Sackgasse: Die Täter wurden nie ausfindig gemacht. Diese kommen aus Georgien und behaupten, von den „Maidan“-Anführern Befehle erhalten zu haben. Es geht sogar noch weiter: Es soll ihnen zufolge die Anordnung gegeben haben, nicht nur auf Polizeibeamte, sondern auch auf Protestierende zu schießen, um die Menschenmenge aufzubringen und eine politische Krise zu provozieren.

Dass mit den Schüssen auf dem Platz der Unabhängigkeit gewisse „georgische Scharfschützen“ verbunden sein könnten, hatte der General Tristan Zitelaschwili, der frühere Kommandeur der Elite-Abteilung „Awasa“ der georgische Streitkräfte, erklärt. Zitelaschwili hatte an den Gefechten in Abchasien im August 2008 und an dem damaligen „Fünf-Tage-Krieg“ zwischen Georgien und Russland teilgenommen. Später aber wurde er zum „persönlichen Feind“ Michail Saakaschwilis, als dieser seine Niederlage den Militärs vorwerfen wollte.

Zitelaschwilis Haus wurde von der Polizei gestürmt. Er wurde festgenommen, sein kleiner Sohn wurde bei dieser Gewaltaktion schwer verletzt. Von dem General verlangte man, fiktiv zuzugeben, dass es eine „Verschwörung der Generäle“ gegeben hätte, weshalb Georgien angeblich den „Fünf-Tage-Krieg“ im Sommer 2008 verloren hätte. Der General weigerte sich jedoch, diese Falschaussagen zu machen. Und seit diesem Moment ist er für Saakaschwili ein „persönlicher Feind“.

„Dass es auf dem Unabhängigkeitsplatz Kämpfer aus Georgien gab und dass von ihnen gefordert wurde, auf Menschen zu schießen, wusste ich schon 2014“, sagte Zitelaschwili gegenüber Sputnik. „Einige von ihnen waren noch meine Soldaten gewesen. Manche von ihnen befinden sich immer noch in der Ukraine und nehmen dort an Gefechten teil. Manche sind inzwischen heimgekehrt. Sie hatten lange Angst, darüber zu sprechen – und haben eigentlich immer noch Angst. Denn sie können als ‚unnötige Augenzeugen‘ liquidiert werden.“

„Man nannte uns ‚Sonderkommando‘“

Einer dieser Männer, von denen der General sprach, ist Koba Nergadse.

Er war Soldat der georgischen Streitkräfte. In den Jahren 2003 und 2004 nahm er an einigen Spezialeinsätzen im Landkreis Ergneti zwischen Georgien und Südossetien teil. „Wir kämpften gegen den Schmuggel. Dieses Gebiet ist zwischen georgischen und ossetischen Unternehmern aufgeteilt. Manchmal entstanden Konfliktsituationen, sogar direkte Auseinandersetzungen mit den ossetischen Streitkräften. Unsere Brigade verlor damals elf oder zwölf Männer – genau weiß ich das nicht mehr. Die gesamten Verluste der georgischen Armee machten 45 Soldaten aus“, erzählte Nergadse.

2006 quittierte er als Oberleutnant der Streitkräfte seinen Dienst, wurde aber einige Zeit später mithilfe von Mamuka Mamulaschwili zum Beamten des Sicherheitsdienstes des Verteidigungsministeriums. Mamulaschwili ist gegenwärtig der Kommandeur der so genannten „Georgischen Legion“, die sich an den Gefechten im Donezbecken auf der Seite der ukrainischen Streitkräfte beteiligt. „Ich lernte ihn in der Armee kennen, bei einer Geburtstagsfeier meines Freundes Bescho“, ergänzte Koba.

„Offiziell war die Bewachung von Kundgebungen in Tiflis unsere Aufgabe, damit keine Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und Gegnern Saakaschwilis passierten. In Wahrheit aber war unser Auftrag, die Aktionen der Oppositionskräfte zu unterdrücken – wir hatten sie zu überwachen“, räumte Nergadse ein.

„Manchmal wurde uns aber auch befohlen, die Oppositionsführer zusammenzuschlagen. Normalerweise trugen wir Sturmmasken bei solchen Einsätzen. Dafür wurden wir als ‚Sonderkommando‘ bezeichnet. Üblicherweise verheimlichten die Beamten unseres Dienstes, wo sie arbeiteten und womit sie sich beschäftigten“, so der Ex-Offizier. Die Agenten wurden nach seinen Worten in „Dekaden“ aufgeteilt. Einer der „Dekaden“-Kommandeure war auch Nergadse. Außerdem kannte er Georgi Saralidse, Merab Kikabidse und David Makiaschwili. Zu den „Entlohnungen“ für die Einsätze sagte Koba Nergadse, das Verprügeln eines oppositionellen Abgeordneten hätte 1000 US-Dollar gekostet.

Im Dezember 2013 soll Mamulaschwili mehrere „Dekaden“-Kommandeure zu einer Versammlung einberufen und ihnen die Aufgabe gestellt haben, „unverzüglich in die Ukraine zu reisen, um die dortigen Protestteilnehmer zu unterstützen“. Seine Gruppe bekam 10 000 Dollar. Weitere 50 000 Dollar seien seinen Männern versprochen worden, die sie nach der Heimkehr bekommen sollten. Alle haben gefälschte Pässe erhalten. Nergadse hatte einen Pass auf den Namen Georgi Karussanidse (geb. 1977).

In Kiew wurde Nergadses Gruppe in der Uschinski-Straße untergebracht. Seine Männer sind jeden Tag auf den Maidan gegangen, als wäre das ihr Job gewesen. „Unsere Aufgabe war, die Ordnung zu kontrollieren, damit niemand dort Alkohol trinkt. Wir sollten die Disziplin fördern und Provokateure ausfindig machen, die entsprechende Aufträge von den Machthabern hatten.“

Silvester feierte Nergadse nach seinen Worten im Hotel „Ukraina“, das von den Protestierenden kontrolliert wurde.

Auch Alexander Rewasischwili war einer, der während der Massenproteste nach Kiew geschickt wurde. Nach seinem Wehrdienst war er Aktivist der Organisation „Freie Zone“, die Michail Saakaschwili unterstützte. Nach seinen Worten drang er in die Reihen der Oppositionellen ein und „organisierte dort Schlägereien und Provokationen“. Die

Organisation wurde von Koba Chabasi geleitet, der Rewasischwili mit Mamulaschwili bekannt machte. Dieser soll sich für seine Dienststellung während des Wehrdienstes interessiert haben: Rewasischwili war Scharfschütze gewesen.

Mitte Februar 2014 kamen Rewasischwili, Chabasi und vier weitere Vertreter der Organisation „Freie Zone“ nach Kiew. In der ukrainischen Hauptstadt stiegen sie in der Wosduchoflotskaja-Straße ab, und später wurden sie in das von den Oppositionellen besetzte Haus des Konservatoriums überführt.

„Waffen brachte Sergej Paschinski“

„Am 14. oder 15. Februar wurden die Gruppenältesten – ich, Kikabidse, Makiaschwili, Saralidse und andere Männer, an deren Namen ich mich nicht mehr erinnere – im zweiten Stockwerk des Hotels ‚Ukraina‘ versammelt. Dort befanden sich Parubi (Andrej Parubi, der ultrarechte ukrainische Politiker, der während der Massenunruhen in Kiew der „Kommandant“ des „Maidans“ war, heute Parlamentspräsident der Ukraine) und Paschinski (Sergej Paschinski, der in viele Skandale involvierte ukrainische Politiker und Abgeordnete der Obersten Rada). Parubi wandte sich an uns: ‚Ihr müsst dem Brudervolk helfen, und bald bekommt Ihr eine Aufgabe.‘ Allerdings präzisierte er nicht, worum es sich handeln würde. Ich hatte schon vorher Waffen bei den Protestierenden gesehen: Jagdgewehre und Pistolen“, so Nergadse.

An jenem Treffen soll auch ein gewisser Christopher Brian teilgenommen haben, der den Georgiern als ehemaliger US-Militär vorgestellt wurde.

„Am Abend des 19. Februars erschienen Paschinski und mehrere unbekannte Männer im Hotel, die große Taschen bei sich hatten“, so Nergadse weiter. „Sie zogen SKS-Gewehre, 7,62-Millimeter-Maschinenpistolen ‚Kalaschnikow‘ heraus. Außerdem gab es da ein SWD-Gewehr und ein Gewehr ausländischer Produktion. Paschinski sagte uns, die Waffen wären für die ‚Verteidigung‘ nötig, aber auf meine Frage, gegen wen wir uns wehren sollten, sagte er nichts und verließ das Zimmer.“

Am selben Tag hatten Nergadse und Mamulaschwili ein Gespräch. Letzterer sprach dabei von einem „Sonderauftrag“, wobei nämlich der Maidan „in Chaos versetzt werden sollte, und zwar indem man auf alle Ziele, auf die Protestierenden und die Polizei schießen sollte“ – da hätte es „keinen Unterschied“ gegeben. Dafür wurde den Georgiern Geld versprochen, das sie jedoch erst nach der Rückkehr aus der Ukraine bekommen würden.

Rewasischwili zufolge wurden die Waffen am selben Tag ins Konservatorium gebracht. „Da kamen Mamulaschwili, Saralidse alias ‚Malysch‘ („Der Kleine“) und noch etwa zehn Männer, die ich nicht kannte. Mamulaschwili fragte, wie wir uns fühlten. Sie lachten. Jemand fragte Mamulaschwili auf Georgisch: ‚Wo ist Mischa?‘ ‚Bei Porocho‘ (Poroschenko, Anm. d. Red.), erwiderte er. Dann gingen sie weg. Und einige Zeit später brachten Paschinski und mehrere andere Männer Taschen mit Waffen, vor allem mit SKS-Gewehren. Paschinski selbst hatte eine Kalaschnikow-Maschinenpistole mit einem geöffneten Anschlag.“

Einer von diesen Männern war Wladimir Parasjuk, der Kommandeur einer der „Hunderter“-Gruppen, der später Kommandeur der vierten Kompanie des Bataillons „Dnepr“ und Abgeordneter der Obersten Rada wurde.

„Paschinski bat mich, ihm bei der Wahl der Positionen für Scharfschützen zu helfen. Er sagte, in der Nacht könnte das Konservatorium von ‚Berkut‘ (Polizisten-Spezialeinheit, Anm. d. Red.) gestürmt werden, sodass die Protestierenden auseinandergejagt werden könnten“, ergänzte Rewasischwili.

„In der Nacht, gegen vier oder fünf Uhr morgens, hörte ich Schüsse von Seiten des Oktjabrski-Palastes, wie ich dachte. Paschinski sprang sofort auf, fasste sein Funkgerät und schrie, dass man das Feuer einstellen sollte, dass der richtige Zeitpunkt noch nicht gekommen wäre. Man hörte sofort auf, zu schießen. Gegen 07.30 Uhr (vielleicht etwas später) befahl Paschinski uns allen, dass wir uns vorbereiten und das Feuer eröffnen sollten. Wir sollten zwei, drei Schuss abgeben und sofort unsere Position wechseln. Wir schossen etwa zehn bis

15 Minuten lang. Dann befahl man uns, die Waffen hinzulegen und das Haus zu verlassen“, so Rewasischwili.

Dann kehrte er auf den Maidan zurück. Er hörte, dass die Menschen böse waren. Manche dachten, „Berkut“-Beamte hätten geschossen. Andere dachten, dass die Protestierenden selbst das Feuer eröffnet hätten. „Dann verstand ich: Das könnte böse enden, und ich könnte in eine miese Geschichte geraten – man könnte mich auf der Stelle in Stücke reißen, wenn jemand die Wahrheit erfahren würde. Ich ging weg und spazierte über den Maidan. Dann dachte ich, dass es an der Zeit wäre, wegzufiegen. Ich nahm ein Taxi und fuhr zum Flughafen“, so Rewasischwili.

„Am 20. Februar hörte ich gegen 08.00 Uhr morgens Schüsse von Seiten des Konservatoriums“, erzählte Nergadse. „Drei oder vier Minuten später eröffnete die Gruppe von Mamulaschwili das Feuer aus den Fenstern des Hotels ‚Ukraina‘, aus dem zweiten Stockwerk. Es wurde paarweise geschossen. Nach jedem Schuss ging man in ein anderes Zimmer und schoss weiter. Als alles vorbei war, sagte man uns, wir sollten weggehen. Am selben Tag flogen wir mit Bescho zurück nach Tiflis.“

Das versprochene Geld hat der ehemalige Offizier der georgischen Armee aber nie bekommen. Heute fürchtet er die Rache seitens anderer Ex-„Kollegen“.

Koba Nergadse und Alexander Rewasischwili sind bereit, ihre Aussagen vor einem ukrainischen Gericht zu bestätigen. Die Redaktion von Sputniknews verfügt über die Kopien der offiziellen Aussagen, die sie den Rechtsanwälten Alexander Goroschinski und Stefan Reschko gegeben hatten, die im Swjatoschinski-Bezirksgericht von Kiew die Interessen der Ex-Beamten der Spezialabteilung „Berkut“ vertreten. Darüber hinaus verfügt Sputniknews über Kopien der Flugtickets Nergades und Rewasischwilis nach Kiew während der Ereignisse auf dem Platz der Unabhängigkeit. Im Laufe des Tages werden diese Unterlagen veröffentlicht.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31953/51/319535144.jpg>

vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **fünfmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen**. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **Kalinowo, Losowoje und Nishneje-Losowoje**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **siebenmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **vier Ortschaften** der Republik mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: US-Appell an Moskau: Assad soll Kampf gegen Opposition stoppen
Die USA rufen Russland dazu auf, die syrische Regierung zu überzeugen, den Kampf gegen die Opposition zu stoppen. Dies sagte Außenminister Rex Tillerson im Interview mit dem Sender AL Hurra.

„Wir rufen Russland und die anderen auf, die Eskalation der Gewalt zu reduzieren und im Laufe der Vernichtung der Terrorgruppierung ‚Islamischer Staat‘ (auch IS, Daesh) nicht zur Gewalt beizutragen“, so Tillerson.

Dem Diplomaten zufolge hat Washington Moskau gebeten, Assad zu überzeugen, die „Kampagne gegen die Opposition zu stoppen“.

Russland, das zugestimmt habe, Deeskalationszonen in Syrien zu schaffen, müsse dies nun „durch die Schaffung von Bedingungen für die friedliche Regelung der Zukunft Syriens“ gewährleisten, erläuterte Tillerson.

In Syrien herrscht seit 2011 ein Krieg, der laut UN-Angaben bereits mehr als 280.000 Todesopfer gefordert hat. Den Regierungstruppen von Präsident Baschar al-Assad stehen vom Westen unterstützte Rebellen, aber auch die islamistischen Terrormilizen Daesh (auch Islamischer Staat, IS), al-Nusra-Front und andere gegenüber. Die russische Luftwaffe fliegt seit September 2015 Angriffe gegen Stellungen der Terroristen. Seitdem wurden laut Angaben des Moskauer Generalstabs Hunderte Städte befreit und etwa 54.000 Terrorkämpfer getötet. Ende Oktober hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, dass Syrien bereits zu gut 90 Prozent von den Terroristen befreit sei.

dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 7. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Sajzewo, Dokutschajewsk, Spartak, Donezk (Abakumow-Bergwerk)**.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 92. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 173.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Quelle im Außenministerium dementiert Berichte über „Hunderte tote Russen“ in Syrien

Eine Quelle im russischen Außenministerium hat die jüngsten Medienberichte dementiert, laut denen angeblich Hunderte Russen in Syrien durch einen Angriff der von den USA angeführten Koalition ums Leben gekommen seien.

„Die von einer Reihe westlicher Medien verbreiteten Berichte über Hunderte, Dutzende Tote in Syrien sind eine klassische Desinformation“, so eine Quelle gegenüber Journalisten.

Die bewaffneten Proregierungstruppen in Syrien hatten am 7. Februar nach Angaben der von den USA angeführten Anti-IS-Koalition einen Stab der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) attackiert, in dem sich auch amerikanische Berater befunden haben sollen.

„Die syrischen Proregierungskräfte haben am 7. Februar eine nicht provozierte Attacke auf den Stab der Syrischen Demokratischen Kräfte initiiert“, heißt es in der offiziellen Mitteilung. Die Attacke soll in acht Kilometer Entfernung östlich von der vereinbarten Waffenruhelinie am Euphrat verübt worden sein.

Als Antwort darauf wurde Reuters zufolge ein Gegenschlag gegen syrische Militärs unternommen. Laut den damaligen Berichten des TV-Senders ABC wurden circa 100 Kämpfer der syrischen Proregierungskräfte getötet. Reuters sprach von mehr als 100 Opfern. Später berichtete der TV-Sender CBS unter Berufung auf einen namentlich nicht genannten Vertreter des Pentagons, dass bei diesem Angriff auch Russen getötet worden seien. Die Agentur Bloomberg schrieb von 100 bis 200 getöteten Russen.

Russlands Verteidigungsministerium hatte erklärt, dass am 7. Februar die syrischen Milizen unter Beschuss der Koalition geraten seien, weil sie ihr Aufklärungs- und Suchvorgehen im Bezirk eines Erdölaufarbeitungsbetriebs gegen eine „schlafende IS-Zelle“ nicht mit Moskau abgesprochen hätten. Dabei sollen 25 Angehörige der Milizen verletzt worden sein. In dieser Region gebe es keine russischen Militärs. Im Unterschied zu den Aussagen aus dem Pentagon sprach das russische Verteidigungsministerium von einem unerwarteten Beschuss der Milizen. Das Ministerium betonte dabei, dass das Vorgehen des Pentagons die wahren Ziele des Aufenthalts der Koalition in Syrien offenlege, die nicht in einem Kampf gegen die Terrormiliz IS („Islamischer Staat“, auch Daesh), sondern in der Eroberung von wirtschaftlichen Aktiva der Arabischen Republik bestehen würden.

Lug-info.com: Gratulation des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik zum 75. Jahrestag der Befreiung von Lugansk:

Liebe Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges!

Sehr geehrte Landsleute!

Der 14. Februar 1943 ist ein Datum, an das sich jeder Einwohner der Hauptstadt unserer Republik erinnern sollte. Vor 75 Jahren wurde Lugansk durch die Rote Armee von den faschistischen Besatzern befreit. Nachdem sie den Feind aus den Städten des Donbass vertrieben hatten, drangen die kühnen sowjetischen Soldaten immer weiter nach Westen vor und trieben den Feind in die Flucht. Und dieser Siegesmarsch endete nicht vor Berlin.

Die große Heldentat unserer Väter, Großväter und Urgroßväter in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges wird bei jedem von uns für immer im Gedächtnis bleiben. Und heute können wir aus dieser Erinnerung Kraft für unseren Sieg über den ukrainischen Nazismus schöpfen. Dies ist eine Verbindung der Zeiten und wird mit den Jahren nicht verschwinden. Sie kann nicht zerstört werden, die hartnäckig versuchen unsere Geschichte zu löschen und umzuschreiben.

Ich bin überzeugt, dass die Generationen, die an den Vorbildern der mutigen Heldentaten des sowjetischen Volkes erzogen wurden, es nicht erlauben werden, dass eine neue Welle des Faschismus unser Heimatgebiet überschwemmt.

Eine tiefe Verbeugung vor allen Veteranen, den Helden des Großen Vaterländischen Krieges, die das Vaterland verteidigt haben. Allen, die mit ihrem Leben und Taten ein würdiges Vorbild für die heutigen und zukünftigen Generationen sind.

de.sputniknews.com: US-Geheimdienst prognostiziert vorgezogene Wahlen in der Ukraine
Der US-Geheimdienst hat mögliche vorgezogene Wahlen in der Ukraine vorausgesagt. Dies geht aus einem Bericht des Direktors der nationalen Nachrichtendienste, Daniel Coats, hervor.

Die Unzufriedenheit der Menschen mit dem Tempo der Reformen, die Verschlechterung des Lebensstandards sowie der Situation in Bezug auf Korruption seien die Faktoren, die zu vorgezogenen Wahlen führen könnten.

Darüber hinaus behauptet der US-Geheimdienst, dass die ukrainische Opposition die Situation im Land nutzen könne, um die Koalition von Präsident Petro Poroschenko vor den bevorstehenden Wahlen im Jahr 2019 zu schwächen.

Lug-info.com: Gratulation des Vorsitzenden des Ministerrats der LVR Sergej Koslow zum 75. Jahrestag der Befreiung von Lugansk

Liebe Lugansker!

Ich gratuliere Ihnen zum 75. Jahrestag der Befreiung von Lugansk von den faschistischen Besatzern!

Der 14. Februar ist eines der hellsten und erinnerungswertesten Daten für die Lugansker. Es ist ein Tag aufrichtiger Anerkennung und Dankbarkeit für die, die für die Stadt, die Freiheit und ein friedliches Leben zukünftiger Generationen gekämpft und sie verteidigt haben; für die, die durch bittere Erfahrungen der Kriegsjahre gegangen sind, die Lugansk aus Ruinen und Gefangenschaft erhoben und wiederaufgebaut haben.

Die Stadt befand sich 212 Tage unter faschistischer Besatzung. In dieser Zeit starben oder verschwanden durch die Hand der Strafsoldaten mehr als 100.000 Menschen. Eine Menge von Industriebetrieben, sozialen Objekten, Wohnhäusern, Elektrostationen und Eisenbahnverbindungen wurden zerstört. Insgesamt wurden in Lugansk 2542 Gebäude gesprengt und verbrannt, mehr als 1000 administrative und Wirtschaftsobjekte ausgeraubt. Der Sieg hatte keinen geringen Preis, in den schweren Kämpfen um Lugansk fielen heldenhaft tausende Soldaten der Sowjetarmee. Aber Mut, Standhaftigkeit und Patriotismus halfen unseren Großvätern und Urgroßvätern alle Entbehrungen und Prüfungen zu ertragen und die Feinde aus unserem Heimatland zu verjagen.

Lugansk wurde wiedergeboren, es wurde ein mächtiges industrielles Zentrum mit berühmten Arbeits-, Kultur- und Sporttraditionen. Und die Heldentat unserer Vorfahren, die gemeinsam nicht nur den Feind überwinden, sondern auch die vom Krieg zerstörte Stadt wiederaufbauen konnten, wird für immer ein Symbol der Seelenstärke des russischen Volkes bleiben.

Ewiger Ruhm allen, die ohne sich zu schonen gegen den Faschismus und für die Freiheit unserer Heimat kämpften, für das Glück der zukünftigen Generationen!

Zum Feiertag Ihnen, liebe Lugansker!

Seien Sie dem Andenken Ihrer Großväter und Urgroßväter würdig!

Starke Gesundheit Ihnen und einen hellen und friedlichen Himmel über dem Kopf!

de.sputniknews.com: Kiew und der IWF: Mission impossible oder Trennung auf Ukrainisch
Ob Kiew weiter Geld vom IWF erhält, soll bis Ende dieser Woche feststehen. Die Auflagen, an die der Kredit für die Ukraine geknüpft ist, sind hart. Gaspreise zu erhöhen, ist etwa eine der Forderungen. Aber die Kiewer Machthaber würden ohnehin gern auf die nächste Überweisung des Währungsfonds verzichten.

Ein IWF-Team ist am vergangenen Montag in Kiew eingetroffen – zu Konsultationsgesprächen, wie es heißt. So harmlos ist diese Mission aber nicht: Die IWF-Berater sollen einen Bericht erstellen, anhand dessen die Chefs des Währungsfonds dann entscheiden, ob sie Kiew eine weitere Finanzspritze geben oder auch nicht.

Die ukrainische Führung und der Internationale Währungsfonds hatten im März 2015 vereinbart, dass Kiew im Laufe von vier Jahren mehrere Kredite im Umfang von insgesamt 17,5 Milliarden US-Dollar erhält. Bislang wurden 8,7 Milliarden in vier Raten gezahlt – eine weitere für Ende 2017 angesetzte Zahlung von 1,9 Milliarden Dollar hatte der IWF den

Ukrainern verweigert.

Der Währungsfonds hat sein Hilfsprogramm für die Ukraine eingefroren, weil die Kiewer Machthaber eine ganze Reihe von Auflagen nicht erfüllt haben. Vor allem mit der Gründung eines Antikorruptionsgerichts lässt sich Kiew Zeit – auch mit der Anpassung der Gaspreise an die Weltmarktpreise.

Der IWF hält diese Bedingungen für realisierbar, die ukrainische Regierung scheint aber offenbar anderer Meinung zu sein – mit einer weiteren Überweisung rechnen die Kiewer Machthaber jedenfalls nicht mehr: Der Vize-Vorstand der ukrainischen Notenbank, Dmitri Sologub, sagte, die nächste Zahlung sei im ersten Quartal dieses Jahres schon „aus technischen Gründen“ unwahrscheinlich.

Soll das heißen, die Kiewer Führung nimmt es gelassen hin, dass die Zahlung vom IWF wahrscheinlich wieder ausbleiben wird? Den ukrainischen Analysten Alexander Ochrimenko überrascht das nicht: Der Währungsfonds sei in der Ukraine „aus der Mode“ gekommen, sagte er im Gespräch mit „Sputnik“.

Man habe sich stillschweigend darauf verständigt, die Zusammenarbeit mit den Geldgebern einzustellen: „Wegen dieser kläglichen zwei Milliarden Dollar will niemand in der Regierung den Rest seiner Umfragewerte opfern“, so der Experte.

Stein des Anstoßes

Die USA und die EU fordern von der Ukraine seit Langem, ein Antikorruptionsgericht einzurichten. Daran knüpfen sie die Auszahlung der vereinbarten Kredite. Präsident Poroschenko sagte denn auch im Interview mit einer österreichischen Zeitung, das entsprechende Gesetz sei dem Parlament vorgelegt worden und werde in den kommenden Monaten verabschiedet.

Experten gehen jedoch davon aus, dass mit dem Gesetz – wenn überhaupt — erst nach den Präsidentschaftswahlen im März nächsten Jahres zu rechnen sei. Und ob es dann auch funktionieren werde, sei ungewiss.

„Dieses Gesetz ist in seiner jetzigen Form verfassungswidrig“, sagt der Analyst Ochrimenko. „Das heißt, die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse dieses neuen Gerichts könnte jederzeit angefochten werden.“

Auch die Anpassung der Gaspreise will die ukrainische Führung offenbar so lange hinauszögern, wie es nur geht. Der ukrainische Regierungschef Wladimir Groisman habe es bislang geschafft, die Forderung des IWF ein halbes Jahr lang zu ignorieren, sagt der Energiemarktexperte Dmitri Marunitsch, Vize-Vorsitzender der Stiftung für Energiestrategien. „Im März letzten Jahres hat das Regierungskabinett endlich einen Schlüssel erarbeitet, nach dem die Gaspreise für die ukrainische Bevölkerung berechnet werden sollen. Dieser Beschluss blieb jedoch nur auf dem Papier wirksam“, erklärt der Experte.

Dabei geht es ja um die Erfüllung von Vereinbarungen, die die ukrainische Regierung selbst eingegangen ist. Würden die ukrainischen Machthaber ihre eigenen Beschlüsse in die Tat umsetzen, wäre schon mal eine wichtige Voraussetzung gegeben, damit der IWF seine Zahlungen an die Ukraine wiederaufnehmen kann. Bis zum Ende der laufenden Heizsaison werden die Gaspreise für die ukrainischen Verbraucher jedenfalls nicht erhöht, wie es aussieht.

„Ob der IWF unter diesen Umständen seine Zusammenarbeit mit der Ukraine fortsetzen wird, ist deshalb eine rein politische Frage“, sagt der Energiemarktexperte Marunitsch.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31953/84/319538433.jpg>

Dan-news.info: „Die Schulden für Strom haben nichts damit zu tun, dass die Funktion des ukrainischen Operators Vodafone (MTS-Ukraina) auf dem Territorium der DVR bis heute nicht wieder aufgenommen wurde. Dazu muss der Schaden am Kabel auf ihrem Territorium beseitigt werden, weswegen natürlich das Signal nicht mehr weitergeleitet wird“, teilte der Kommunikationsminister der DVR Wiktor Jazenko mit.

Zuvor hatte der stellvertretende Leiter der sogenannten „Donezker militärisch-zivilen Oblastverwaltung“ (ukrainische Besatzungsbehörde, Anm. d. Übers.) Wiktor Remskij in einer Sendung eines ukrainischen Fernsehsenders erklärt, dass der Stopp der Funktion des Mobilfunkoperators auf dem Territorium der DVR angeblich mit Schulden bei republikanischen Energieunternehmen zu tun habe.

Nachmittags:

Dnr-online.ru: Gemäß den Angaben der Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess blieb die durchschnittliche Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung im Zeitraum von 29. Januar bis zum 14. Februar im Vergleich zum Zeitraum vom 18. bis zum 29. Januar auf dem gleichen Niveau – 12-mal in 24 Stunden.

In der gleichen Zeit stieg die Zahl der abgefeuerten Geschosse. Das erste Mal seit Beginn des Waffenstillstands wurden zwei Fälle von Verbänden von Panzern von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt (13 Schüsse).

Seit dem Tag des letzten Treffens in Minsk gab es 67 Fälle von Beschuss des Territoriums der DVR mit Mörsern des Kalibers 82mm, es wurden 532 Mörsergeschosse abgefeuert, und 44 Fälle von Beschuss mit Mörsern des Kalibers 120mm, mit denen 247 Mörsergeschosse abgefeuert wurden.

Brennpunkt ist der Donezker Flughafen und seine Umgebung geblieben sowie die Ortschaften Dokutschajewsk, Sajzewo, Styla, Kominternowo und Dsershinskoje im Süden der Republik. Im Zeitraum **vom 29. Januar bis 14. Februar wurden 182 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt, es wurden zwei Infrastrukture Objekte, 5 Wohnhäuser und ein Auto beschädigt. Außerdem wurde am 12. Februar in Folge des Beschusses von Spartak mit Schusswaffen der zivile Einwohner Anatolij Michajlowitsch Tischtschenko, geb. 1968, verletzt.

Es folgt eine genaue Auflistung aller Schäden (Anm. d. Übers.).

Am 11.01. wurde die Donezker Filterstation beschossen, das Filtergebäude und Fenster eines Wirtschaftsgebäudes wurden beschädigt.

Insgesamt wurden seit dem Inkrafttreten des Waffenstillstands 400 Fälle der Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt, in der Folge von Kämpfen starb ein Zivilist, elf wurden unterschiedlich schwer verletzt, es wurden 36 Häuser und Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt.

Seit Beginn des geltenden Waffenstillstands bis zum 14. Februar wurden fünf Soldaten der Armee der DVR getötet, acht wurden verletzt.

Lug-info.com: „Am 14. Februar um 7:50 Uhr ist beim Notdienst der Verwaltung von Brjanka eine Meldung über Zerstörungen im Wohnbereich in der Kubanskaja-Straße in der Ortschaft **Lomowatka** eingegangen, die durch einen weiteren Beschuss entstanden sind“, teilte die Stadtverwaltung von Brjanka mit.

„Es wurden drei Wohnhäuser und ein weiteres Gebäude beschädigt. Beschädigt sind Fassaden, Dächer, Verglasung, Autos der Besitzer sind beschädigt, die Stromversorgung ist unterbrochen. Opfer gibt es keine“, teilte die Verwaltung mit.

Vor Ort sind der Bürgermeister Nikolaj Morgunow, eine Kommission zur Feststellung des Ausmaßes der Schäden sowie eine Reparaturbrigade der Elektrizitätswerke.

de.sputniknews.com: Kreml lüftet Details von Putin-Poroschenko-Telefongespräch: Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat bestätigt, dass Russlands Präsident Wladimir Putin ein Telefongespräch mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko durchgeführt hat. Das Telefongespräch zwischen den beiden Präsidenten fand demnach vorgestern statt. Der ukrainische Präsident äußerte sein Beileid im Zusammenhang mit dem Absturz des russischen Passagierflugzeuges An-148. „Er sprach von der Bereitschaft, über die Linie des Herstellerbetriebs zu kooperieren und die Ursachen der Flugzeugkatastrophe zu klären“, so Peskow.

Darüber hinaus besprachen die beiden Staatschefs den Lauf der Umsetzung der Minsker Abkommen und die Situation um den Austausch der Gefangenen zwischen Kiew und dem Donbass.

„Auch wurde die Notwendigkeit erwähnt, den vor der Jahreswende eingeleiteten Prozess des Austauschs von gefangen genommenen Personen fortzusetzen. Die Präsidenten gingen wirklich auf dieses Thema ein“, präzisierte der Kreml-Sprecher.

Zuvor hatte die Administration des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko eine Mitteilung über das Telefongespräch zwischen den Präsidenten der Ukraine und Russlands veröffentlicht. Demnach wurde die Agenda des Treffens der Außenminister der Normandie-Länder besprochen, das am 16. Februar in München stattfinden soll.

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Paseschnik hat heute an einer Kundgebung zum 75. Jahrestag der Befreiung von Lugansk von den faschistischen deutschen Besatzern teilgenommen.

Die Kundgebung fand am Lenindenkmal an der Lugansker akademischen Philharmonie statt. An der Veranstaltungen nahmen auch der Vorsitzende des Ministerrats Sergej Koslow, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Miroschnitschenko, der Bürgermeister der Hauptstadt Manolis Pilawow, Vertreter der Volksmiliz, Vertreter von gesellschaftlichen, Veteranen- und Jugendorganisationen der Republik teil.

Eine Fahngruppe hisste auf dem Platz die Kampfbanner des 18. Schützenkorps, der 279., 243., 59. Schützendivision und der 267 Luftsturmdivision, die an der Befreiung von Lugansk im Jahr 1943 beteiligt waren.

„Heute sind es 75 Jahre seit dem Zeitpunkt, als unserer Großväter und Urgroßväter eine

unsterbliche Heldentat vollbrachten und unser Lugansk schützten, es von den faschistischen deutschen Besatzern befreien“, sagte Pasetschnik.

„Die Geschichte wiederholt sich und heute steht der ukrainische Nazismus an unseren Toren und will die friedliche Bevölkerung des Donbass vom Antlitz der Erde tilgen. Heute haben sich unsere Landsleute, unsere Altersgenossen, Bekannte, Freunde, Ärzte und Lehrer, Arbeiter und Bergleute, Studenten, unsere Kinder, alle, die in der Lage sind mit der Waffe in der Hand ihre Pflicht zu erfüllen, zum Schutz der Grenzen unserer jungen Republik erhoben“, sagte er. „Ich bin überzeugt, dass uns alles gelingen wird, wir sind unserer Geschichte treu geblieben und werden würdige Nachkommen unserer Großväter sein“, unterstrich das Republikoberhaupt.

„Heute ist das Datum, an dem der erste Sieg für unsere Stadt war, aber nach diesem Sieg gab es einen zweiten, als unsere ganz jungen Großmütter und Großväter unsere geliebte Stadt Lugansk in der Nachkriegszeit wieder aufbauten. Heute will ich mich an die Jugend wenden, dass sie wissen, dass wir jetzt die Verantwortung haben, die wir begreifen müssen, dass dies die Wahrheit ist, dass wir sie bewahren müssen, und wie wir diese Geschichte und diesen Sieg, die in Kämpfen und mit Arbeit erreicht wurden, weitergeben werden, das hängt heute von uns ab“, sagte Miroshnitschenko.

„Heute gedenken wir in aufrichtiger Dankbarkeit denen, die in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges unser heimatliches Lugansk verteidigt, befreit und aus den Trümmern gehoben haben. Dafür wurde ein riesiger Preis gezahlt – der Preis von Tausenden von Leben sowjetischer Soldaten, aber ihr Mut und ihr Heldentum sind für uns ein Vorbild der Liebe zu unserer Heimat“, unterstrich Koslow.

Er merkte an, dass dank der selbstlosen Arbeit der Bewohner Lugansk wiederaufgebaut und ein industrielles Zentrum mit seinen Arbeits-, Kultur- und Sporttraditionen wurde.

„Dank diesem Vorbild können wir mit Überzeugung sagen, dass wir auch das wieder aufbauen werden, was in unserem Land eine neue faschistische Pest zerstört hat“, fügte der Vorsitzende des Ministerrats hinzu.

Der Bürgermeister der Hauptstadt sagte, dass der Tag der Befreiung von Lugansk für die Stadtbewohner einer der bedeutendsten Feiertage ist, an dem jeder den Befreiern, die „für die Freiheit und das friedliche Leben zukünftiger Generationen gekämpft haben, die unsere Stadt wiederaufgebaut haben“ seine Dankbarkeit ausdrückt.

„Je weiter die Jahre der großen Kämpfe des Großen Vaterländischen Krieges in die Tiefe der Geschichte gehen, desto heller steht das Vorbild der Siegersoldaten, der Befreiersoldaten da, darunter auch der Befreier unserer Stadt. Unsere Stadt wurde vom 18. Schützeekorps unter dem Kommando von Generalmajor Saporoschtschenko befreit“, sagte der Veteran des Großen Vaterländischen Krieges Philipp Schischak.

Der Offizier der Volksmiliz und Leiter des Ensembles „Noworossija“ Roman Rasum verlas eine Grußadresse von der Lugansker Landsmannschaft in Moskau. Die Teilnehmer der Kundgebung ehrten das Andenken der Helden, die in den Kämpfen für die Befreiung von Lugansk gefallen sind, mit einer Schweigeminute und legten Blumen am Grabmal der Offiziere der Sowjetarmee nieder. Im Rahmen der Kundgebung fand auch eine Parade von Soldaten der Volksmiliz der LVR statt.



[http://img.lug-info.com/cache/6/e/\(1\)_IMG_8951.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/6/e/(1)_IMG_8951.JPG/w620h420wm.jpg)

Dan-news.info: „Wir haben etwa 1500 Objekte der Eisenbahninfrastruktur von mehr als 1700 seit Beginn der Kämpfe beschädigten wieder aufgebaut. Die Wiederaufbauarbeiten gehen in diesem Jahr weiter“, teilte der Verkehrsminister der DVR Igor Andrienko mit.

Im Jahr 2018 ist der Wiederaufbau der Stromversorgung an den Oberleitungen der Strecken „Gorlowka – Bajrak“, „Bajrak – Uglegorsk“, „Patelejmonowka – Gorlowka“ und „Uglegorsk – Bulawin – Debalzewo“ geplant.

Lug-info.com: Die Stromversorgung der Ortschaft Lomowatka, die in der Nacht durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte unterbrochen wurde, ist wieder in Betrieb, teilte die Stadtverwaltung von Brjanka mit.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Die Lage in der DVR bleibt angespannt. Der Gegner hat weiter das Territorium der Republik beschossen und dabei von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen verwendet.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **Dokutschajewsk, Spartak sowie des Abakumow-Bergwerks** 17 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert.

Außerdem hat er mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen. In **Richtung Gorlowka** hat der Gegner das Gebiet von **Sajzewo** mit Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden sieben Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Nach uns vorliegenden Informationen führen technische Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in einer Reihe von Ortschaften auf dem von Kiew besetzten Territorium eine **Verminderung von Objekten der zivilen Infrastruktur** durch. Die Durchführung dieser Arbeiten wurde für die Ortschaften **Wolnowacha, Krasnogorowka, Marjinka, Awdejewka, Dsershinsk und Swetlodarsk** bestätigt. Die ukrainischen Soldaten bringen Sprengsätze in der Nähe von Wasser- und Gasleitungen, Elektrostationen und Strompfeilern an.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Kommando der sogenannten ATO diese Objekte zur Sprengung vorbereitet, um die Streitkräfte der DVR des Beschusses lebenswichtiger ziviler Objekte zu beschuldigen und die Führung der Republik in den Augen der Weltöffentlichkeit während Verhandlungen auf internationaler Ebene zu diskreditieren.

Ich erinnere daran, dass heute ein weiteres Treffen in Minsk stattfindet, außerdem ist in dieser Woche ein Treffen der Außenminister im Normannischen Format in München geplant und wird ein Besuch des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission Alexander Hug im Donbass erwartet.

Zuvor hat das ukrainische Militärkommando bereits verschiedene Falschmeldungen, inszenierte Aktivitäten und Provokationen organisiert und auch einfach im Vorfeld und während der Durchführung internationaler Treffen zum Konflikt in Donbass unbewiesen unsere Streitkräfte „hinterhältigen“ Beschusses beschuldigt. Ein deutliches Beispiel ist die gestrige Erklärung des Presse zentrums des Stabes der sogenannten ATO, die Falschinformationen verbreitete, dass Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet des Swetlodarsker Bogens mit Artillerie des Kalibers 122mm beschossen worden seien. Gleichzeitig sind in einer Reihe von Gebieten weiterhin Filmteams ukrainischer Journalisten unter Leitung von Propagandisten aus dem Stab der sogenannten ATO aktiv, die wie gewöhnlich bereit sind, ihrem Auditorium die Halbwahrheit oder eine vollständige Lüge zu bieten.

Wir hoffen darauf, dass die ukrainische Seite nach der Veröffentlichung der Informationen über die Absichten des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte eine weitere Provokation trotz allem von der Realisierung der verbrecherischen Pläne gegen die Zivilbevölkerung, die die ukrainischen Streitkräfte angeblich verteidigen, Abstand nimmt.

de.sputniknews.com: Eskalation zwischen Iran und Israel bedroht US-Stützpunkte.

Israel und der Iran, die vor einer militärischen Konfrontation in Syrien stehen, tauschen weiterhin Drohungen aus, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Mittwoch.

Israel will nach eigener Auskunft auch weiterhin konsequent auf das Vorgehen von externen Akteuren im Nachbarland antworten, welches der nationalen Sicherheit des Landes schaden kann. Der Iran droht sogar mit der Vernichtung aller Militärstützpunkte der USA, des wichtigsten Verbündeten Israels, im Nahen Osten. „Wir werden auf jede Provokation reagieren, werden weiterhin unsere vitalen Interessen schützen“, sagte der israelische Verteidigungsminister Avigdor Lieberman.

„Wir agieren entschlossen und verantwortungsvoll, es gibt keine Einschränkungen, wir akzeptieren auch keine Einschränkungen.“ Bezüglich des militärischen Vorfalls am vergangenen Wochenende unter Beteiligung der israelischen, syrischen und iranischen Seite sagte der israelische Verteidigungsminister: „Bei der Umformulierung des bekannten Sprichworts würde ich sagen, dass die Zeit gekommen sei, nicht zu bellen, sondern zu beißen. Wir werden stark zubeißen, obwohl ich auch hoffe, dass wir das nicht werden tun müssen.“

Auf die Frage, wo die rote Linie für Israel bei der Frage des iranischen Einflusses in Syrien gezogen werden könnte, sagte der israelische Botschafter in Russland, Garri Koren: „Das iranische Regime ist zusammen mit seinen Verbündeten bis an die Zähne bewaffnet, falls diese Seite von neuen militärischen Plänen gegen uns spricht, dann haben wir keinen Ausweg, außer diese Pläne zu stoppen. Wie? Wir sind zu extremsten Maßnahmen bereits, falls dies notwendig werden sollte. Doch wir hoffen, dass diese Notwendigkeit nicht entstehen wird.“

Dass die USA Israel unterstützen werden, daran gibt es keine Zweifel. Der vor kurzem vorgelegte Haushaltsentwurf des US-Außenministeriums zeigt, dass Israel der größte Empfänger von US-Militärhilfen bleiben soll. Dazu wurden etwa 3,3 Mrd. Dollar beantragt. Als Priorität gilt im Haushaltsentwurf dabei der Bau der US-Botschaft in Jerusalem.

Vor dem Hintergrund der militärischen Eskalation bezog der Iran auch eine harte Position gegenüber Israel und den USA. Der Kommandeur der iranischen Armee, General Abdel Rahim Mussawi, sagte, dass der Iran keine Ratschläge der US-Regierung zu Fragen seiner nationalen Sicherheit brauche. „Heute hat niemand mehr in der Welt Zweifel daran, dass die USA die Könige der Diebe sind. Wir werden die Mauer unseres Hauses noch höher ziehen, sodass der Dieb nicht eindringen kann“, sagte Mussawi. „Der Iran wird seine militärische

Stärke weiter festigen und wird nicht nach Erlaubnis dazu fragen“, sagte Mussawi. Der stellvertretende Leiter der iranischen Revolutionsgarde, Hossein Salami, gab eine noch härtere Erklärung ab. Er erinnerte daran, dass sich alle US-Stützpunkte in der Region des Nahen Ostens in Reichweite der iranischen Raketen befinden würden und der Iran bei Bedarf Gewalt anwenden könne.

„Die USA haben beispielsweise einen Militärstützpunkt in Bahrain“, sagte der Militärexperte Wladimir Jewsejew. Natürlich kann der Iran ihn bzw. einen Stützpunkt in Katar erreichen. Die Reichweite der iranischen Raketen belaufe sich auf 1500 bis 2000 km, sodass sie Israel erreichen könnten. Deswegen ermögliche diese Reichweite Angriffe im gesamten Persischen Golf, gegen US-Stützpunkte im Irak und sogar in Syrien. Mit den Raketen sei ganz Afghanistan zu erreichen, sagte der Experte.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31953/92/319539241.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):
Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich stark verschärft.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner fünfmal Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Kalinowa, Kalinowka, Losowoje und Nishneje Losowoje** beschossen. Dabei haben die ukrainischen Truppen 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 78 Mörsergeschosse und Granaten abgefeuert.

Wir haben festgestellt, dass im Verantwortungsbereich der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krymskoje etwa 20 Soldaten aus dem 8. Spezialregiment der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen sind. Ihr Hauptziel ist die Durchführung von Diversions- und Erkundungsaktivitäten in den Ortschaften in der Nähe der Kontaktlinie.

Außerdem haben an der Kontaktlinie ausländische Söldner ihre Arbeit verstärkt, darunter sind **Scharfschützengruppen, in der Mehrzahl der Fälle Frauen aus dem Baltikum, Polen und Georgien.**

Die ukrainischen Truppen verletzen weiter die Bedingungen zur Stationierung von Militärtechnik an der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind und konzentrieren militärisches Potential in der „ATO“-Zone.

Im Gebiet von Troizkoje wurden ausgerüstete Feuerstellungen entdeckt, in denen zwei 122mm-Artilleriehaubitzen D-30 stationiert sind.

In Swetlosdarskoje, unmittelbar an der Kontaktlinie, wurden zwei Feuerstellungen einer

Mörserbatterie der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt, von denen aus regelmäßig die Positionen der Volksmiliz und Ortschaften der Republik beschossen werden.

Nach unseren Informationen hat das Kommando der „ATO“ aus Kiew die Anweisung erhalten, in der nächsten Zeit eine Reihe von Provokationen an der Kontaktlinie durchzuführen, um die Volksrepubliken in den Augen der Weltgemeinschaft zu diskreditieren. Anlass für die Durchführung von Provokationen durch die Kiewer Truppen könnte die Sitzung der Kontaktgruppe, die heute in Minsk stattfindet, sein sowie der Besuch des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission in der Ukraine Alexander Hug im Donbass vom 15. bis 21. Februar.

Wir wenden uns an die internationalen Beobachtungsorganisationen mit dem Aufruf, die Kiewer Führung davon zu überzeugen, von der Idee einer militärischen Variante der Lösung des Konflikts im Donbass Abstand zu nehmen und Kiew zu zwingen, die Minsker Vereinbarungen einzuhalten.

Die Einheiten der Volksmiliz gehen nicht auf Provokationen ein, tun ununterbrochen militärischen Dienst und führen Maßnahmen zur militärischen Ausbildung der Einheiten durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten.

Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine Alexandr Turtschiow hat erklärt, dass die ukrainischen Soldaten in den letzten Jahren in einigen Gebieten im Donbass um 10km oder mehr über die Abgrenzungslinie vorgerückt seien. Außer einem Lächeln ruft diese Erklärung nichts bei mir hervor. Wenn der ukrainische „Pastor“ die Karten der Kontaktlinie 2015 und 2018 vergleicht, kann er sich selbst von der Absurdität seiner Erklärung überzeugen.

Obwohl wir nicht ausschließen, dass er sein individuelles Zählsystem hat, und als Variante könnte er einen Schritt nach links oder nach rechts jedes ukrainischen Soldaten aufsummieren.

Dank ukrainischer Freiwilliger wurde bekannt, dass der ukrainische Soldat, dessen Leiche nach einem gescheiterten Durchbruchversuch der ukrainischen Truppen von der Volksmiliz geborgen wurde, der Soldat der 58. Brigade Dmitrij Syskow, geb. 1980, aus Tschernigow ist. Von Seiten der ukrainischen Behörden gibt es keinerlei offizielle Anfragen zur Übergabe der Leiche.

Ich möchte hoffen, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte die Verwandten des Toten nicht in ihrem Elend allein lässt. Wir unsererseits halten die Normen des internationalen humanitären Rechts ein und sind bereit, die Leiche des ukrainischen Soldaten zu übergeben. Heute feiern wir den Tag der Befreiung von Lugansk von den faschistischen deutschen Besatzern. Dies ist ein bedeutsamer Tag in unserer Geschichte.

Heute wie vor 75 Jahren verteidigen wir unser Recht mit der Waffe in der Hand. Wir glauben wie unsere Großväter und Urgroßväter, dass der Sieg unser sein wird. Eine tiefe Verbeugung allen Veteranen, die unser Land von dem faschistischen Schmutz gereinigt und unser Recht auf Leben verteidigt haben. Wir werden Euch nicht enttäuschen!

armiyadnr.su: Dringende Mitteilung vom operativen Kommando der Streitkräfte der DVR: Heute gegen 12 Uhr haben die ukrainischen Straftruppen mit Schützenpanzerwaffen (40 Geschosse) **Dokutschajewsk** beschossen.

Der geplante Beschuss erfolgte zielgerichtet auf die Schule Nr. 3, in der sich in diesem Moment Schüler befanden. Nur durch glücklichen Zufall konnten Opfer vermieden werden. Die ukrainischen Kriegsverbrecher trafen auch das Lehrerzimmer, in dem sich zum Glück niemand befand.

Außerdem entstand durch den Beschuss ein Brand einer Wohnung des Wohnhauses in der Melnikow-Straße 22/5.

de.sputniknews.com: Experten: Poroschenko riskiert Machtprobe mit Ausweisung Saakaschwilis.

Der aus der Ukraine nach Polen abgeschobene frühere Präsident Georgiens und Ex-Gouverneur des ukrainischen Gebiets Odessa, Michail Saakaschwili, ruft den Westen auf, den Ukrainern beim Sturz ihres Präsidenten Petro Poroschenko zu helfen, schreibt die Zeitung „Moskowski Komsomolez“ am Mittwoch.

Zugleich versprach Saakaschwili, demnächst nach Kiew zurückzukehren, wo ihn seine treuen Anhänger empfangen würden.

Die von „Moskowski Komsomolez“ befragten Experten äußerten sich zur möglichen Unterstützung des Westens für Saakaschwili und zu den Folgen dieser Hilfe für die Ukraine.

„Es gab keine juristischen Hindernisse für die Ausweisung Saakaschwilis aus der Ukraine, denn er hatte zuvor den Gerichtsprozess gegen seine Ausbürgerung verloren“, sagte der Vizeleiter des ukrainischen Instituts für Politikanalysen und -management, Kyrill Moltschanow. „Darüber hinaus wurde gegen ihn ein Strafverfahren wegen des Zusammenwirkens mit dem aus der Ukraine geflüchteten Oligarchen Sergej Kurtschenko eingeleitet.“

Im Allgemeinen seien die Perspektiven für Saakaschwilis weiteren Aufenthalt in der Ukraine noch nebulöser geworden, findet der Experte. Dennoch dürfe Saakaschwili durchaus mit dem Beistand der EU rechnen, denn im Westen wisse man, dass Poroschenko korrupt sei. „Bei der nächsten Wahl werden die Europäer auf die Gegner des jetzigen ukrainischen Präsidenten setzen“, zeigte sich Moltschanow überzeugt.

Der Direktor des ukrainischen Instituts für globale Strategien, Wadim Karasjow, schloss nicht aus, dass Saakaschwili tatsächlich in die Ukraine zurückkehren werde, „allerdings nicht so schnell“. „Damit wird er Poroschenko zeigen, wer in Wahrheit der Herr im Land ist. Sollte ihm die Rückkehr gelingen, würde er die Allmacht des Innenministers Arsen Awakow zeigen, denn am Ende des Tages entscheidet er, wer in die Ukraine einreisen darf und wer nicht. Wenn die ukrainische Macht in den Händen des Präsidenten monopolisiert wäre, dann hätte Saakaschwili im Herbst 2017 nicht aus Polen in das Gebiet Lwow einreisen können. Aber wir haben kein einheitliches Machtzentrum, und damals konnte er von der Konfrontation der großen Akteure profitieren“, so der Politologe.

„Als Poroschenko aber Saakaschwili wieder nach Polen auswies, zeigte er, dass man über den Aufenthalt in dem Land nur mit ihm und nicht mit den bewaffneten Strukturen verhandeln muss.“

Allerdings habe Poroschenko den Ukrainern zwar seine Macht demonstriert, aber in der internationalen Arena gehe er ein großes Risiko ein, fuhr Karasjow fort. „In diesem Konflikt steht der Westen definitiv auf Saakaschwilis Seite. Der ukrainische Präsident hatte von Anfang an einen großen Fehler gemacht, als er den ehemaligen georgischen Präsidenten nach Kiew einlud und ihm dann das Gebiet Odessa überließ. Jetzt muss er sich mit den Folgen seines Fehlers auseinandersetzen.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31954/02/319540235.jpg>

dnr-online.ru: Heute, am 14. Februar, fand in Donezk die Sitzung der Kommission zur Tilgung von Lohnrückständen, zur Erhöhung des Niveaus der Löhne und zur Lösung von Problemen im Bereich der Arbeitsbeziehungen im Jahr 2018 statt.

Die Arbeits- und Sozialministerin der DVR Larissa Tolstykina erläuterte, dass der Kommission Ministerien und Behörden angehören, die sich mit Fragen des Arbeitsentgelts, der Kontrolle und Aufsicht im Bereich der Lohnzahlungen befassen, außerdem wurden Vertreter der Stadt- und Bezirksverwaltungen eingeladen.

„Den Fragen von Lohnzahlungen und der Tilgung von Lohnrückständen wird in der DVR große Aufmerksamkeit gewidmet. Deshalb wurde beim Arbeits- und Sozialministerium eine Kommission zu Fragen der Tilgung von Lohnrückständen, der Erhöhung des Lohnniveaus und der Lösung von Problemen im Bereich der Arbeitsbeziehungen geschaffen.

Ich will anmerken, dass im Jahr 2017 von der Kommission 228 Sitzungen durchgeführt wurden. Im Ergebnis dieser Arbeit wurden 542 Mio. Rubel Lohnrückstände getilgt.

Auf der heutigen Sitzung behandeln wir Informationen über Lohnrückstände bei aktiven Unternehmen der kommunalen Eigentumsform und Wege, um diese Rückstände zu tilgen. Die Kommission arbeitet mit Anträgen von Bürgern und Unternehmen sowie durch ein Monitoring in der gesamten DVR“, berichtete Larissa Tolstykina.

Sie merke auch an, dass die Kommission Fragen sowohl von Lohnrückständen noch aus ukrainischer Zeit als auch zu Zeiten der Republik behandelt .

„Wir bemühen uns, alle Fragen zu behandeln und nach Möglichkeit die gesamten Lohnrückstände zu tilgen. Leider gelingt das nicht immer, weil es sehr schwer ist, die Schulden Ukraine zu tilgen“, unterstrich Larissa Tolstykina.

Facebook-Seite der Vertretung der DVR im GZKK:

Heute, am 14. Februar, wurde wieder Dokutschajewsk von den ukrainischen Truppen beschossen. Der Beschuss begann um 12 Uhr und dauert etwa eine Stunde.

Während des Beschusses wurden beschädigt:

- die Schule Nr. 3 (Lenin-Straße 65) – Detonation im Korridor und im Lehrerzimmer, Fenster wurden beschädigt;
- Dokutschajewsker allgemeinbildendes Spezialinternat (Lenin-Straße 40) – Treffer auf den Schlaftrakt, auf eine Wand der Schule, vier Fenster wurden beschädigt;
- Melnikow-Straße 1a (Friseurladen LETO) – ein Plastikfenster wurde beschädigt;
- Melnikow-Straße 22, Wohnung 3 – Treffer in einen Raum, Entstehung eines Brandes.

Der Beschuss erfolgte aus Richtung Nowotroizkoje, es wurden 40 Schüsse aus Schützenpanzern abgegeben, 29 Granaten mit Granatwerfern, außerdem wurden

Schusswaffen unterschiedlichen Kalibers eingesetzt.

Vor Ort arbeitet eine Gruppe von Vertretern der DVR im GZKK. Genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: Ukrainische Nationalisten fordern: Gastspiele für Russen „kardinal begrenzen“.

Ukrainische Nationalisten haben vorgeschlagen, die Regeln zur Durchführung von Konzerten sowohl für einheimische als auch für russische Kunstschafter zu verschärfen. Darüber sprach Eduard Leonow, ehemaliger Parlamentsabgeordneter von der ukrainischen radikal nationalistischen Swoboda-Partei, am Mittwoch gegenüber dem TV-Sender NewsOne. Laut Leonow will die Swoboda-Partei den ukrainischen Künstlern verbieten, in Russland aufzutreten.

Russische Kunstschafter sollen hingegen in der Ukraine Konzerte veranstalten dürfen, jedoch nur wenn sie beweisen können, dass sie die Wiedervereinigung der Krim mit Russland nie öffentlich unterstützt haben. So sollen die Gastspiele „kardinal begrenzt“ werden. Im November 2017 war in der Ukraine das Gesetz über die Einschränkung von Gastspielen russischer Künstler in Kraft getreten.

Organisatoren von Gastspielen werden sich von nun an gezwungen sehen, den ukrainischen Inlandsgeheimdienst SBU 30 Tage vor geplanten Konzerten um eine Genehmigung zu ersuchen. Erst nach der Zustimmung wird der Vertrag mit dem Künstler unterzeichnet. Die fehlende Genehmigung oder unzureichende Informationen über das Gastspiel werden mit Geldbußen geahndet.

Auf der „schwarzen Liste“ Kiews stehen derzeit rund 140 russische Künstler, denen die Einreise in die Ukraine verboten ist.

Russlands Außenministerium bewertete dieses Gesetz als Schritt zur erneuten Einrichtung eines Eisernen Vorhangs. Der für internationale kulturelle Zusammenarbeit zuständige Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten, Michail Schwydkoj, bezeichnete dieses Gesetz als beleidigend für das ukrainische Publikum.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31954/24/319542442.jpg>

Dnr-online.ru: Der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DVR Dmitrij Trapesnikow hat eine Sondersitzung im Zusammenhang mit dem Beschuss von Dokutschajewsk durch die ukrainischen Streitkräfte einberufen. Die Frage der Organisation von Maßnahmen zur dringenden Evakuierung von Kindern aus dem beschossenen Gebiet wird behandelt. Wir erinnern daran, dass heute gegen 12:00 Uhr ukrainische Truppen zielgerichtet zwei Schulen in Dokutschajewsk beschossen haben. Während des Beschusses

fand in den Schulen Unterricht statt.

„Während eines Beschusses mit 30mm-Geschossen aus Schützenpanzern wurden die Gebäude der Schule Nr. 3 und eines Internats beschädigt. In der Schule wurde die Verglasung beschädigt, in der Wand blieb ein nicht detoniertes Geschoss stecken. Im Internat wurden vier Fenster im Schlafgebäude zerschlagen, es gibt einen Treffer in der Waschküche. Das Heizwerk funktioniert“, teilte der Bürgermeister von Dokutschajewsk Alexandr Katschanow mit.

Dmitrij Trapesnikow stellte dem Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft die Aufgabe, schnellstmöglich die Schäden zu untersuchen und den Wiederaufbau der Schulen zu beginnen. In dem Internat waren zwei Kinder aus Wolnowacha.

Ukrinform.ua: Grojsman bedankt sich bei Weltbank für Unterstützung bei Umsetzung von Reformen in der Ukraine.

Die ukrainische Regierung sei dankbar den Strukturen der Weltbank für ihre ständige und unerschütterliche Unterstützung für Kiew auf dem Weg der grundlegenden Änderungen, sagte der Premierminister Wladimir Grojsman beim Treffen mit dem Vize-Präsidenten der Weltbank, Cyril Muller, entnimmt man dem Regierungsportal.

„In diesem Jahr konzentrieren wir uns auf das Wirtschaftswachstum, die Durchführung von Reformen, und ich danke für die Einführung von Unterstützungsprogrammen für die Ukraine von der Weltbank“, sagte der ukrainische Regierungschef.

Er hob hervor, die Politik der Regierung im letzten Jahr habe erlaubt, das Wirtschaftswachstum zu konsolidieren. Gerade deswegen würden Dezentralisierungsreform, Reformen der Energieeffizienz, des Gesundheitswesens und des Rentensystems und in anderen Bereichen fortgesetzt.

Laut Grojsman seien im Fokus auch die Vertiefung der Justizreform, die Bekämpfung der Korruption und die Errichtung des Antikorruptionsgerichts als letzten Gliedes des Systems der Antikorruptionsorgane, Reform der Zoll- und Steuerbehörden, die groß angelegte Privatisierung von Staatsunternehmen, die Reform des landwirtschaftlichen Komplexes. Wiederum betonte der Vize-Präsident der Weltbank, Cyril Muller, dass die Führung des Regierungschefs zum Schlüssel bei der Unterstützung der Reformen wurde. Die Politik des Ministerkabinetts ermögliche, den Grund zum weiteren Wachstum zu legen, und die Weltbank sei bereit, eine zuverlässige Partnerin der Ukraine auf dem Weg der Erreichung der großen wirtschaftlichen Ziele und Steigerung des Wohlbefindens der Ukrainer zu werden.

„Wir haben die Agenda der Zusammenarbeit bestimmt, und wir sind bereit, die Ukraine zu unterstützen“, sagte Muller.

Dnr-online.ru: Im Zusammenhang mit den zahlreichen Ausbrüchen von Masern in der Ukraine weitet das Gesundheitsministerium der DVR das humanitäre Programm aus und gibt den Einwohnern des Donezker Oblast, der zeitweise von der Ukraine kontrolliert wird, die Möglichkeit sich gegen das gefährliche Virus impfen zu lassen.

Auf dem Territorium der Ukraine verbreiten sich die Masern weiter, deshalb schlagen die Ärzte Alarm, denn nicht nur diese lange vergessene Krankheit, sondern auch eine Reihe anderer, für die Bevölkerung nicht weniger gefährlicher Krankheiten könnten mit neuer Kraft aufkommen. Die Ursache ist einfach, die niedrige Impftrate – in erster Linie das Fehlen der notwendigen Impfstoffe in den medizinischen Einrichtungen sowie die Weigerung der Eltern, ihre Kinder impfen zu lassen.

Das Gesundheitsministerium der DVR hat die Bevölkerung mit der notwendigen Menge an Impfstoffen versorgt, die Impfung kann in den örtlichen Krankenhäusern erfolgen und ist absolut kostenlos. Außerdem droht durch die Nähe der infizierten Territorien eine Verbreitung des Virus, gerade auch deshalb wurde diese Impfung, die die Gesundheit erhalten kann, in das humanitäre Programm zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass aufgenommen.

Abends:

de.sputniknews.com: Jeder ukrainischen Familie wird milliardenschwerer Schuldenberg aufgehalst – Premier

Die Ukraine muss laut ihrem Premier Wladimir Groisman etwa fünf Milliarden US-Dollar (ca. vier Milliarden Euro) jährlich für die Tilgung der Auslandsschulden ausgeben. Die ganze Last liege dabei auf den Schultern jeder ukrainischen Familie.

Wie Groisman am Mittwoch in einer Regierungssitzung sagte, die auf der Webseite des Kabinetts ausgestrahlt wurde, hatten sich die Staatsschulden Ende 2017 auf 65 Milliarden US-Dollar belaufen. Dies sei eine riesige Summe, deren Last jede ukrainische Familie tragen müsse, so der Premier.

Der Staat könne derweil seine Wirtschaft ohne finanzielle Unterstützung von außen nicht entwickeln. Deswegen sei er gezwungen, im Ausland zu leihen.

Am 19. Januar hatte der Vizechef der ukrainischen Nationalbank, Dmitri Sologub, gewarnt, dass Kiew die Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auf Eis legen werde, wenn es bis Juli keine weitere Tranche erhalten sollte.

Später soll Präsident Petro Poroschenko die Bereitschaft bekundet haben, mit dem IWF weiter zusammenzuwirken. Die Ukraine hat ihm zufolge ihre Verpflichtungen gegenüber dem Fonds zu 80 Prozent erfüllt und erwartet die nächste Tranche bereits im April.

Das auf vier Jahre befristete Programm der finanziellen Hilfe für die Ukraine sieht die Gewährung von 17,5 Milliarden US-Dollar vor. Im Jahr 2017 hatte Kiew nur eine Tranche von einer Milliarde US-Dollar erhalten, und zwar im April.

Der IWF hatte Kiew aufgefordert, die Rentenreform, einschließlich der Anhebung des Renteneintrittsalters, nicht zu verschieben und Strukturreformen zur Verbesserung der Business-Umgebung und zur Mobilisierung von Investitionen durchzuführen. Eine weitere Forderung des IWF läuft darauf hinaus, mit der Privatisierung und der Entwicklung des Marktes für landwirtschaftliche Nutzflächen zu beginnen.

Laut der Ratingagentur Standard & Poors muss die Ukraine im Zeitraum von 2017 bis 2020 mehr als 20 Milliarden US-Dollar Schulden samt Zinsen abbezahlen. Dies hänge jedoch davon ab, ob es Kiew gelinge, die Reformen erfolgreich durchzusetzen und einen Anteil der Schulden zu refinanzieren, hieß es.